

BESCHLUSS

Klimaschutz und Wachstum verbinden – Innovationen und den Ausbau Erneuerbarer Energien in Schleswig-Holstein vorantreiben

Die CDU Schleswig-Holstein tritt für die Verpflichtung aus den internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen von Paris und New York ein, nach denen der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist und die Treibhausgasneutralität bis 2050 als langfristiges Ziel zu verfolgen ist. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt deshalb eine jährliche Festsetzung der maximal zulässigen Jahresemissionsmengen und unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Dazu gehört insbesondere die Einführung einer CO₂-Bepreisung und die damit verbundene schrittweise Absenkung der EEG-Umlage.

Die CDU Schleswig-Holstein stellt fest, dass Klimaschutz und Wachstum keinen Gegensatz bilden dürfen, sondern Klimaschutz am effizientesten nicht durch Verbote, jedoch durch Innovation und Anreize erreicht wird. Dafür ist auch der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien von Bedeutung. Das bisherige Fördersystem muss dabei auf ein marktwirtschaftlich orientiertes System unter Beachtung sozialer Aspekte umgestellt werden.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert daher insbesondere:

- eine systematische Überprüfung der Abgaben und Umlagen im Energiesektor mit dem mittelfristigen Ziel, die EEG-Umlage abzuschaffen.
- den Weg der Absenkung der EEG-Umlage konsequent weiter zu führen und in einem nächsten Schritt EEG-geförderten Strom von der EEG-Umlage zu befreien.
- die Schaffung neuer Anreize zum Einsparen von CO₂-Emissionen über Technologien sowie alternative Kraftstoffe.
- einen fairen Wettbewerb der Technologien sowie Technologieoffenheit auch über die Sektorgrenzen hinaus.
- den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft als Instrument zur Dekarbonisierung der Wirtschaft.
- die Abschaffung des Instruments der „Zuschaltbaren Lasten“ für alle dafür potenziell in Frage kommenden Technologien, insbesondere der Umwandlung von Strom in Wasserstoff (Power-to-Gas).
- CO₂-Einsparungen international durch Technologieeinsatz und Förderung (bspw. Recycling-Förderung, Filteranlagen, Erneuerbare Energien) als zusätzlichen und ausgeweiteten Schwerpunkt in der Entwicklungshilfepolitik zu erreichen.

- den Ausbaupfad der Erneuerbaren Energien zur Erreichung des 65-Prozent-Ziels in 2030 einzuhalten.
- das Ausbauziel für die Windenergieleistung auf See bis 2030 auf mindestens 20 Gigawatt und bis 2035 auf 30 Gigawatt anzuheben sowie die notwendige Netzinfrastruktur zu schaffen.